

Die Frauenquote (1)

Am 01.01.2016 trat die feste Geschlechterquote von 30 % für neu zu besetzende Aufsichtsratsposten in über 100 börsennotierten und voll mitbestimmten Unternehmen in Kraft („Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen“). Dazu müssen weitere 3 500 große Unternehmen eigene Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten, Vorständen und obersten Management-Ebenen erarbeiten und einhalten. Auch im öffentlichen Dienst gilt eine entsprechende Quote. Dadurch soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen deutlich verbessert werden, um eine Gleichberechtigung zu erlangen. Die damalige Familienministerin Manuela Schwesig würdigte das Gesetz als „historisch“; es würde in den Unternehmen ein Umdenken anstoßen und die generelle Gleichberechtigung fördern, da in Zukunft auch Frauen über Lohn und Arbeitsbedingungen entscheiden würden – und dies käme allen Frauen im Betrieb und somit einer generellen Gleichberechtigung zugute.

Die Gleichberechtigung wird auch von unserem Grundgesetz im 3. Artikel gefordert, wengleich viele Kritiker der Quote dieses Grundrecht auch als Argument gegen die Quote anführen und somit deutlich machen, dass die Regelung nach wie vor umstritten ist.

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Aufgabe 1

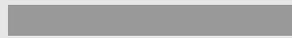
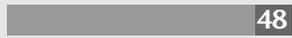
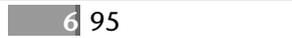
Erkläre in eigenen Worten, wie sich der 3. Artikel sowohl als Argument für als auch als Argument gegen die Quote auslegen lässt.

Aufgabe 2

Analysiere die Statistik.

Gehe dabei wie folgt vor:

1. Allgemeine Informationen zur Statistik
 - Quellenangaben
 - Thema der Statistik: Was wird dargestellt?
 - Gewählte Darstellungsform: Reelle oder geschätzte Zahlen?
2. Analyse der Statistik
 - Erläuterung der Inhalte / Informationen anhand der wichtigen Auffälligkeiten (Spitzen, Einbrüche, Wendungen, zu erkennende Trends etc.)
 - Herstellung von Zusammenhängen
3. Zusammenfassung der zentralen Aussagen
 - Was wird ausgesagt?
 - Wie sind die Aussagen zu bewerten? (Rückgriff auf Vorwissen)
 - Eventuelle Kritik (unseriöse Quelle, schlechte Verständlichkeit etc.)

Frauen im Topmanagement				
Anteil der Frauen in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen, die in diesen Indizes gelistet sind:				
Aufsichtsräte		davon Frauen	Frauenanteil in Prozent	
Dax		106 / 488	Sitze	22
MDax		98 / 592	Sitze	17
SDax		48 / 374	Sitze	13
TecDax		34 / 205	Sitze	17
Vorstände		davon Frauen	Frauenanteil in Prozent	
Dax		12 / 186	Sitze	6
MDax		8 / 201	Sitze	4
SDax		13 / 170	Sitze	8
TecDax		6 / 95	Sitze	6

Daten entnommen: FidAR, 2014

Die Frauenquote (2)

Befürworter der Quote wie der Verein FidAR (Frauen in die Aufsichtsräte e.V.) haben lange für diese Quote gekämpft und dies vor allem mit dem Ziel der Gleichberechtigung begründet. Sie berufen sich auf die in der Grafik dargestellten Zahlen und führen zudem an, dass Frauen durch andere Denkweisen neue Ideen und mehr Emotionen in Entscheidungsprozesse einbringen würden. Zudem würden Frauen mittlerweile öfter Abitur als Männer ablegen und bessere Studienabschlüsse erzielen, wodurch sie in Zeiten des Fachkräftemangels und eines harten Konkurrenzkampfs auf dem Weltmarkt entscheidend zum Erfolg eines Unternehmens beitragen könnten.

Allerdings mangelt es auch den Kritikern nicht an Argumenten. Vor allem Wirtschaftsverbände wie der DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag) oder die Wirtschaftsunioren Deutschland e.V. kritisieren die Quote als Eingriff in die unternehmerische Freiheit. Es würde dadurch nicht mehr nach Leistung, sondern nach Geschlecht gehen und so könnten unqualifizierte Frauen in Führungspositionen schlechte Entscheidungen treffen, welche dem Unternehmen und damit seiner Belegschaft sowie auch dem Staat Schaden zufügen könnten. Außerdem würde eine Quote nicht dafür sorgen, Frauen als gleichberechtigt anzusehen, da die Quote Grund für den Aufstieg sei. Ein qualifizierterer Mann, der wegen Anwendung der Frauenquote nicht aufsteigen könne, werde hingegen benachteiligt und sei nicht mehr gleichberechtigt.

Aufgabe 3

a) Fasse die in dem Text genannten Argumente zusammen. Ergänze ebenfalls die Argumente der ersten Seite. Nimm aber jeweils eine genaue Unterteilung vor:

- Unterscheide, ob sich das Argument auf die betroffenen Frauen, auf Frauen allgemein, auf im Betrieb arbeitende Männer, auf Männer allgemein, auf den jeweiligen Betrieb, auf die Wirtschaft allgemein oder auf den Staat beziehen lässt.
- Überprüfe jeweils, ob die Quotenregelung für die betroffene Gruppe gerecht/ungerecht ist und ob so das Ziel der Gleichberechtigung erreicht wird (Ist die Quote also jeweils sinnvoll/nicht sinnvoll?).
- Halte jeweils fest, aus wessen Sicht das Argument formuliert wurde bzw. von wem es stammt. Dies ist wichtig, um auf das Interesse dahinter zu schließen, denn dieses beeinflusst wiederum die Argumentationsweise.

Als Beispiel: Für die betroffenen Frauen, welche eine Führungsposition erhalten, ist ein beruflicher Aufstieg geschaffen, und sie können Karriere machen und mehr Geld verdienen (im Sinne eines beruflichen Erfolges ist dies also effizient). Dazu wird so eine Gleichberechtigung zu männlichen Kollegen hergestellt (es ist diesbezüglich gerecht). Dieses ist eines der Argumente von FidAR, welche eine Vereinigung von Frauen für die Rechte von Frauen ist (wodurch ihr Interesse leicht zu erkennen ist).

b) Recherchiere im Internet nach weiteren Argumenten für bzw. gegen die Quote. Gehe dabei wie bei Nr. 3a vor.

Aufgabe 4

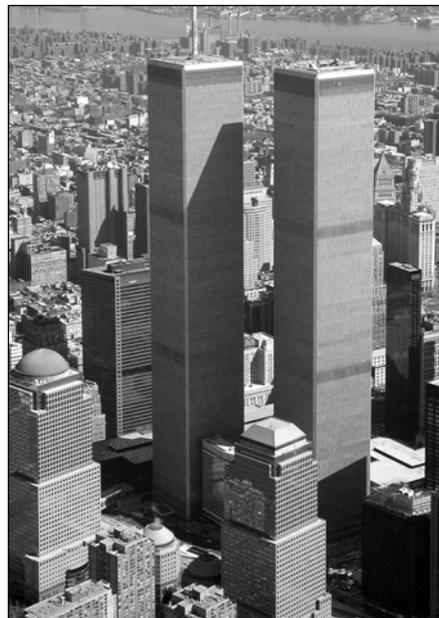
Begründe, ob man deiner Meinung nach die Frauenquote abschaffen, beibehalten oder verändern soll.

Terrorismus und Terrorbekämpfung (1)

Als am 11. September 2011 das World Trade Center in New York durch einen Terroranschlag vernichtet wurde, stellte dies leider erst den Anfang einer neuen Welle des Terrors dar. Seitdem haben auf der Welt zahlreiche Anschläge stattgefunden, wovon vor allem die in Paris im November 2015, in Brüssel im März 2016 und in Barcelona 2017 große Wut und auch Angst hervorgerufen haben.

Die Gründe für solche Terrorakte sind vielfältig und haben sich auch verändert. Früher ging es oft um ideologische Einstellungen und Überzeugungen (zum Beispiel die RAF in Deutschland) oder um nationale Konflikte (zum Beispiel die IRA in Nordirland). Heute spielen religiöse Ideologie und daraus abgeleitete kulturelle Unterschiede die größte Bedeutung. Gerade die Terroranschläge im Namen des „Islamischen Staats“ (IS) sind dem zuzuordnen. Es handelt sich hier oft um Menschen, welche den Islam zum Teil so interpretieren, dass man alle Andersgläubigen töten müsse, um dem Islam den ihm zustehenden Platz und die entsprechende Vorherrschaft zu ermöglichen. Ziel des IS ist daher die Errichtung eines islamischen Weltreiches, um auch die Bedeutung der arabischen Kultur wieder zu erhöhen.

Im Mittelalter waren die arabischen Länder in Sachen Entwicklung der übrigen Welt voraus oder zumindest gleichwertig. Doch ihre Entwicklung hängt mittlerweile weit hinter der der westlichen Welt zurück. Viele geben daher dem Westen und der von ihm ausgehenden Globalisierung die Schuld, was angesichts der sozialen Unterschiede am Weltmarkt durch die Ausbeutung der Entwicklungsländer sicher ein Grund für ihre Situation ist. Die u.a. in Afghanistan oder im Irak stattgefundenen bewaffneten Konflikte unter Beteiligung des Westens haben ebenfalls dazu beigetragen, dass sich viele Menschen als fremdbestimmt ansehen. Das alte Leben vor dem Krieg, welches vielleicht besser war als das jetzige, ist nicht mehr da. Eventuell wurden auch Familienmitglieder getötet. Man leidet Hunger und findet nur schwer Arbeit – so sucht man nach einem Schuldigen und findet ihn im Westen. So ist es für die religiösen Führer, welche nach Macht und Einfluss streben, oft leicht, arme und sehr religiöse Menschen für ihre Ziele einzusetzen.



Aufgabe 1

- Fasse die im Text genannten Gründe für Terroranschläge in Form einer Mindmap zusammen.
- Recherchiere nach aktuellen Anschlägen auf der ganzen Welt und ergänze die Mindmap der Ursachen um neue Punkte.

Den Terroristen ist klar, dass sie mit den Anschlägen keine Kriege gewinnen können. Das Ziel dahinter ist ein anderes: Im Rahmen der sogenannten „asymmetrischen Kriegsführung“ versuchen sie, mit den Anschlägen einerseits viele zivile Opfer und andererseits für das Land möglichst symbolträchtige Orte zu treffen (siehe den 11. September 2001). Angst und Schrecken in der Bevölkerung und die Sorge, dass es jeden treffen könnte, sollen dafür sorgen, dass sich die Länder aus dem Kampf gegen den IS heraushalten. Generell wollen sie den Konflikt in die westlichen Länder bringen und die Folgen für diese hoch halten.

Aufgabe 2

Erläutere, welche Folgen sich aus den Anschlägen ergeben haben.

Terrorismus und Terrorbekämpfung (2)

Um sich in Zukunft vor Terroranschlägen in Deutschland besser zu schützen, hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière eine Erweiterung der bestehenden Anti-Terror-Gesetze angekündigt. So wurden bereits die Ausweise mit biometrischen Daten, sogenannte Sky-Marshals in Flugzeugen, generell stark erweiterte Personenkontrollen und Überwachungen öffentlicher Plätze sowie Datenbanken mit gesammelten Informationen über mögliche Terrorverdächtige eingeführt. Auch die umstrittene und 2014 eigentlich verbotene Vorratsdatenspeicherung (Speicherung von Telekommunikations- und Verbindungsdaten, zum Beispiel zu Telefonnummern, IP-Adressen und Gesprächsteilnehmern) wurde Ende 2015 wieder eingeführt. Dazu gibt es seit einiger Zeit den sogenannten „Bundestrojaner“ – einen Virus, der das Ausspionieren von Computern ermöglicht. In Zukunft sollen die Möglichkeiten der Behörden aber noch weiter gehen. Hier eine Auswahl:



- Für viele als gefährdet eingestufte Orte soll ein Rucksackverbot kommen.
- Die Gesichtserkennung etwa an Flughäfen soll verbessert werden: So soll es möglich sein, Gesichter mittels im Internet frei verfügbarer Bilder zu vergleichen, um Identitäten feststellen zu können.
- Wer in Zukunft ein Prepaidhandy kaufen möchte, muss auch hier seinen Ausweis vorzeigen.
- Der Einsatz verdeckter Ermittler wird erhöht.
- Die unterschiedlichen Geheimdienste und Polizeibehörden sollen enger zusammenarbeiten und Daten austauschen – auch mit vergleichbaren ausländischen Behörden.
- Auch Jugendliche ab 14 Jahren dürfen in Zukunft strenger überwacht werden. Damit in Verbindung steht die Gründung einer neuen Arbeitsgruppe, welche sich mit Techniken zur Überwachung von Messenger-Programmen und anderen Social Media Plattformen beschäftigen soll.

Aufgabe 3

- Recherchiere, ob es bezüglich der Vorschläge aktuelle Veränderungen gibt und ob weitere hinzugekommen sind.
- Überprüfe, ob die Vorschläge mit den deutschen Grundrechten vereinbar sind (s. Grundgesetz, Artikel 1 bis 19), und begründe deine Ergebnisse.
- Wähle drei Vorschläge aus und begründe, ob du diese zur Vorbeugung von Terrorakten beziehungsweise im Sinne der Terrorbekämpfung für sinnvoll hältst.

Aufgabe 4

Diskutiere alternative Möglichkeiten, wie man sich in Deutschland vor Terrorangriffen schützen kann.

Die Vereinten Nationen / United Nations (UN) (1)

Aufgabe 1

Informiere dich mithilfe deines Politikbuchs, der UN-Charta sowie des Internets über die UN. Gib in eigenen Worten wieder,

- ... wann sie von wem und warum gegründet wurde.
- ... welche Länder Mitglied sind.
- ... welche Ziele man mit der UN verfolgt(e).
- ... welche Rolle der UN-Generalsekretär spielt.



Aufgabe 2

Die UN als gewaltlose Organisation?

- Auf dem linken Bild wird eine Skulptur gezeigt, welche sich vor dem Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York befindet. Erläutere die Aussage des Künstlers.
- Vergleiche diese Aussage mit dem zweiten Bild und ziehe ein Fazit.

Aufgabe 3

Nimm dir die UN-Charta vor (zu finden in deinem gedruckten Grundgesetz oder im Internet) und suche dort die Kapitel Nr. 6 und Nr. 7.

- Erläutere anhand passender Beispiele, welche Möglichkeiten die UN hat, einen Konflikt friedlich zu lösen.
- Erkläre anhand von Beispielen, zu welchem Zeitpunkt und mit welchen Mitteln die UN das Recht hat, einen Konflikt mit Gewalt zu lösen.

Die Vereinten Nationen / United Nations (UN) (2)

Aufgabe 4

Analysiere die Karikatur.
Gehe dabei wie folgt vor:

- Beschreibe, was du auf der Karikatur sehen kannst.
- Fasse die Aussage der Karikatur zusammen.
- Begründe, welches Problem mit der Karikatur angesprochen wird.



In Syrien herrscht seit 2011 ein Bürgerkrieg. Auslöser war wie in einigen anderen Ländern in der Region der sogenannte „Arabische Frühling“

(Massive Proteste der vor allem jüngeren Bevölkerung gegen ihre schlechten Lebensumstände in den diktatorisch geführten Ländern Nordafrikas und des Mittleren Ostens). Zu Beginn gingen viele Menschen auf die Straße und forderten freie Wahlen, unabhängige Medien, eine demokratische Regierung und ein Ende der Korruption. Zunächst konnte das syrische Regime um den diktatorisch regierenden Präsidenten Baschar al-Assad die Aufstände mit Gewalt zurückdrängen, wobei bereits diese Bilder um die Welt gingen und im Land selbst für nur noch mehr Demonstrationen sorgten. Immer mehr Menschen fingen an, sich gegen die Regierung zu organisieren und sich zu bewaffnen. So entstanden Rebellengruppen sowie auch islamistische Gruppen, die gegen Polizei und die Armee kämpften. Seit 2013 mischte sich der „Islamische Staat“ (IS), eine islamistische Terrorgruppierung, in den Kampf mit ein und konnte zwischenzeitlich große Gebiete erobern.

Die UN schätzt die Zahl der Toten im gesamten Kriegsgebiet bis Anfang 2017 auf über 450 000 Menschen, das „Syrian Center for Policy Research“ (SCPR) spricht sogar von 470 000 Opfern. Über zwei Millionen Menschen wurden verletzt. Außerhalb von Syrien sind Schätzungen zufolge knapp fünf Millionen Menschen auf der Flucht, im Land selbst sollen fast sieben Millionen Menschen aufgrund der Kriegshandlungen ihr Zuhause verlassen haben. Somit ist über die Hälfte der syrischen Bevölkerung auf der Flucht. Die UN und andere Beobachtungsstellen sprechen von katastrophalen, menschenunwürdigen Zuständen. Es gibt Nachweise, dass sogar Giftgas zum Einsatz gegen die syrische Bevölkerung kam. Auch viele Terroranschläge auf der ganzen Welt werden dem IS zugeschrieben. Dabei sterben viele Unschuldige und der Ruf nach einer Bekämpfung des IS wird immer lauter.

Aufgabe 5

Begründe anhand des Textes sowie der UN-Charta (Präambel und Kapitel Nr. 1), ob die UN in den Konflikt eingreifen muss.

Aufgabe 6

Sollte man Krieg mit Waffengewalt bekämpfen? Nimm dazu begründet Stellung.

Die Vereinten Nationen / United Nations (UN) (3)

Immer wieder versucht die UN, eine Resolution, also ein gemeinsames Vorgehen im Syrienkonflikt zu verabschieden. Dabei kommt es jedoch regelmäßig zu einem Einspruch von Russland. Dieses wünscht sich eine Fortsetzung der Regentschaft des Assad-Regimes, da man es als Voraussetzung für die Stabilität im Nahen Osten ansieht. Kritiker vermuten hingegen, dass der russische Präsident Putin, dessen Führungsstil ebenfalls autoritäre Züge aufweist, generell gegen Aufstände ist, welche zu Regierungswechseln führen, da dies russische Oppositionelle in ihren Bestrebungen nach einem demokratischeren Russland unterstützen könnte. Zudem werden die wirtschaftlichen Interessen Russlands als Grund angeführt: Syrien als Verbündeter in der Region ist als Waffenabnehmer sowie Öllieferant ein wichtiger Handelspartner Russlands.

Die Folgen für Syrien sind verheerend: Einzelne Nationen wie die USA versuchen, die Rebellen gegen das Regime von Assad zu unterstützen und gleichzeitig gegen den IS zu kämpfen, um die Diktatur sowie die Menschenrechtsverletzungen zu beenden und um den IS entscheidend zu schwächen. Russland hingegen kämpft mit der syrischen Armee von Assad gegen die Rebellen. Ein dauerhaftes gemeinsames Vorgehen scheiterte also bislang an den unterschiedlichen Zielsetzungen.

Aufgabe 7

Die wichtigsten Organe der UN sind die Vollversammlung / Generalversammlung sowie der (Welt-) Sicherheitsrat.

- Erkläre mithilfe von Kapitel Nr. 4 der UN-Charta in eigenen Worten, wie sich die Vollversammlung zusammensetzt sowie welche Aufgaben und Rechte diese hat.
- Erkläre mithilfe von Kapitel Nr. 5 der UN-Charta in eigenen Worten, wie sich der Sicherheitsrat zusammensetzt sowie welche Aufgaben und Rechte er hat.

Die UN entstand am 26.06.1945 aufgrund des Eindrucks des Zweiten Weltkriegs und auch der Erste Weltkrieg war noch nicht in Vergessenheit geraten. Angesichts dessen waren sich die wirtschaftlich und vor allem militärisch stärksten Nationen einig, dass man zwecks Friedenssicherung in Zukunft enger zusammenarbeiten müsse. Auch die vorhandenen Atomwaffen spielten hierbei eine Rolle. So wurden die alliierten Siegermächte sowie China als weitere Atommacht in den Sicherheitsrat berufen.



Aufgabe 8

Der Sicherheitsrat als strukturelles Problem der UN?

- Begründe, ob die Zusammensetzung des Sicherheitsrates und dessen Machtbefugnisse bei der Gründung der UN deiner Meinung nach angemessen waren.
- Diskutiere mit Mitschülern, ob und, wenn ja, wie man die Zusammensetzung oder aber die Machtverhältnisse beziehungsweise die Abstimmungsregeln verändern soll.

Geflüchtete in der EU (1)

In Europa gilt das sogenannte Schengener Abkommen. Dieses regelt den freien Personenverkehr und den Abbau der Grenzkontrollen innerhalb der EU. So gibt es zwischen den Mitgliedsstaaten keine Personenkontrollen mehr, weshalb nur der deutsche Personalausweis zwecks Identifikation mitgeführt werden muss. Die Polizeibehörden arbeiten grenzüberschreitend zusammen, zudem sorgen Länder mit Außengrenzen für eine verstärkte Kontrolle und somit eine deutliche Absicherung des „Schengen-Raums“. Dafür erhalten sie zusätzliche Mittel. Auch wurde die Grenzschutzagentur Frontex ins Leben gerufen. Sie koordiniert die Zusammenarbeit der verschiedenen Polizeibehörden in Bezug auf Grenzschutz. Hier geht es von Datenerfassung über die Verfolgung von Verbrechen (illegale Grenzübertritte und Einreisen, Schmuggel, Menschenhandel etc.) bis hin zu Einsätzen im Mittelmeer, um Flüchtlingsboote aufzuspüren beziehungsweise Flüchtende vor dem Ertrinken zu retten.

Eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik gibt es in der EU bisher nicht, wodurch auch die Probleme der aktuellen Flüchtlingswelle nicht besser eingedämmt werden konnten. So existiert nur das sogenannte Dubliner Übereinkommen von 1997, welches durch „Dublin 2“ (2003) und „Dublin 3“ (2013) ergänzt wurde. Demnach ist dasjenige Land zuständig, in das die Person zuerst eingereist ist. Somit waren vor allem die Länder mit EU-Außengrenzen wie Italien und Griechenland stark davon betroffen. Wenn hingegen die Person nicht registriert wird, dann ist in der Regel dasjenige Land betroffen, wo zum ersten Mal offiziell Asyl beantragt wird. Weil „Dublin“ so also nicht ausreichend funktioniert, wurde der Vorschlag nach einer Quotenregelung für die Aufnahme von Geflüchteten gemacht: Italien und Griechenland sollten entlastet werden und es sollte generell um eine faire Verteilung gehen. Aktuell hat die EU-Kommission aber die Pläne nach festen Quoten aufgrund der massiven Gegenwehr einiger Länder wieder zurückgestellt.

Aufgabe 1

Analysiere die Statistik.

Gehe dabei wie folgt vor:

1. Allgemeine Informationen zur Statistik
 - Quellenangaben
 - Thema der Statistik: Was wird dargestellt?
 - Gewählte Darstellungsform: Reelle oder geschätzte Zahlen?
2. Analyse der Statistik
 - Erläuterung der Inhalte/Informationen anhand der wichtigen Auffälligkeiten (Spitzen, Einbrüche, Wendungen, zu erkennende Trends etc.)
 - Herstellung von Zusammenhängen
3. Zusammenfassung der zentralen Aussagen
 - Was wird ausgesagt?
 - Wie sind die Aussagen zu bewerten? (Rückgriff auf Vorwissen)
 - Eventuelle Kritik (unseriöse Quelle, schlechte Verständlichkeit etc.)

Flüchtlinge fair verteilen

Vorschlag der EU-Kommission: Verteilungsquote für Flüchtlinge aus Italien, Griechenland und Ungarn und Anteil an den Asyl-Erstanträgen in der EU im 1. Quartal 2015, in Prozent

Verteilungsquote	Tatsächlicher Anteil Asyl-Erstanträge	Verteilungsquote	Tatsächlicher Anteil Asyl-Erstanträge
Deutschland 26,2	39,6	Kroatien	0,9
Frankreich 20,0	8,0	Litauen	0,7
Spanien 12,4	1,1	Slowenien	0,5
Polen 7,7	0,8	Lettland	0,4
Niederlande 6,0	1,3	Luxemburg	0,4
Rumänien 3,9	0,2	Estland	0,3
Belgien 3,8	1,9	Zypern	0,2
Schweden 3,7	6,2	Malta	0,1
Österreich 3,0	5,3	Ungarn	17,8
Portugal 2,6	0,1	Italien	8,2
Tschechische Republik 2,5	0,2	Griechenland	1,4
Finnland 2,0	0,5	Vereinigtes Königreich	4,0
Bulgarien 1,3	1,7	Dänemark	0,8
Slowakei 1,3	0,0	Irland	0,3

Staaten, die von der Quote befreit sind.

Staaten, die sich nicht an der EU-Asylpolitik beteiligen.

Quelle: Eurostat; Europäische Kommission

Geflüchtete in der EU (2)

Aufgabe 2

- Fasse die zentralen Regeln der EU in Sachen Personenverkehr und Asyl in eigenen Worten zusammen.
- Erläutere mögliche Vor- und Nachteile einer Quotenregelung.

In den letzten Jahren haben verschiedene Länder wieder Grenzkontrollen eingeführt. Auslöser waren fast immer Probleme mit ausländischen kriminellen Banden und vor allem die Migranten der Flüchtlingswelle 2015. Dabei reagierte man in verschiedenen Ländern auf die Geflüchteten ziemlich drastisch: So existiert in Griechenland bereits seit 2012 ein Grenzzaun gegen Flüchtlinge, auch Bulgarien und Ungarn errichteten an bekannten Fluchtrouten jeweils kilometerlange Zäune. Ungarns Ministerpräsident Orban verkündete im August 2016 sogar, dass der ungarische Zaun zeitnah gegen eine Mauer ersetzt werden soll. Österreich teilte zeitgleich mit, dass man für den Fall einer erneuten Verschärfung der Krise ebenfalls in kürzester Zeit einen Zaun aufstellen werde. Italien registriert viele Flüchtende nicht mehr und lässt sie weiterreisen, damit sie nicht mehr für diese Menschen zuständig sind, sondern diejenigen Länder, in denen Asylanträge letztlich gestellt werden.

Aufgabe 3

Vergleiche die Reaktionen in Europa auf die Flüchtlingswelle mit den Werten der EU sowie mit den Richtlinien des Schengener Abkommens und des Dublin Abkommens.

Die extremste Reaktion auf die Flüchtlingswelle erfolgte jedoch in Großbritannien: Nach einem Referendum zur Frage, ob man in der EU bleiben solle oder nicht, wurde nach einer extrem knappen Entscheidung (52 zu 48 %) Ende Juni 2016 der Austritt aus der EU (der sogenannte Brexit) verkündet. Obwohl Großbritannien bislang einen Sonderstatus genoss, forderten die Engländer vor allem mehr Selbstbestimmung (und weniger „europäische“ Regeln), weniger finanzielle Aufwendungen für die EU und vor allem eine deutliche Verringerung der Anzahl an Geflüchteten. Auch die Diskussion um deren Verteilung sorgte bei den Europagegnern für Ärger: Nach der zunächst angedachten Regelung hätte beispielsweise Deutschland seine Flüchtlingszahlen auf knapp 120 000 halbiert, während England seine auf knapp 91 000 verdreifacht hätte – doch England hätte sich aufgrund seiner Sonderstellung in der EU sowieso komplett solchen Regelungen entziehen können. Dennoch waren die Flüchtenden im Rahmen des Wahlkampfes für das Referendum das entscheidende Thema. Durch den Austritt verliert die EU ihr drittgrößtes Land sowie ein Gründungsmitglied, welches nicht nur finanziell an der EU beteiligt ist, sondern im Rahmen des Europäischen Binnenmarktes – welchen es dann verlassen muss – ein sehr wichtiger Handelspartner auch von Deutschland ist. In anderen Ländern gibt es ebenfalls Eurokritiker, die den Austritt Großbritanniens bereits als Vorbild für ihre entsprechenden Kampagnen nutzen.

Aufgabe 4

- Recherchiere im Internet und der Tagespresse, welche Folgen der „Brexit“ für Europa hat beziehungsweise haben könnte.
- Die Fluchtursachen müssen von allen Beteiligten kurz- und vor allem langfristig bekämpft werden, um die Union der europäischen Länder nicht zu gefährden. Nimm auf Grundlage der bisherigen Arbeitsergebnisse zu dieser Aussage Stellung.